

# Hochwasserschutz wird zügig verbessert

## Stadt reagiert auf Kritik von Roters - Projekte in Rodenkirchen, Groov und der Altstadt

**Stadt und Feuerwehr wollen einen Evakuierungsplan für ein 500-jähriges Hochwasser erstellen.**

VON MATTHIAS PESCH

Die Stadt Köln reagiert auf die Kritik von Regierungspräsident Jürgen Roters an der unzureichenden Umsetzung des Hochwasserschutz Konzeptes: Baudezernent Bela Dören stellte am Freitag eine Reihe von Maßnahmen vor, die innerhalb der nächsten drei Monate umgesetzt werden könnten. "Der Regierungspräsident findet die Stadt an seiner Seite, wenn es darum geht, bürokratische Hemmnisse abzubauen", sagte Dören.

Die Verwaltung plant unter anderem, den Schutz gegen die Fluten an drei besonders gefährdeten Stellen im Stadtgebiet kurzfristig zu verbessern, ohne dafür ein langwieriges

Planfeststellungsverfahren durchlaufen zu müssen. So soll in Rodenkirchen eine Mauer gebaut werden, die den Stadtteil bis zu einem Pegel von 9,40 Meter vor den Fluten schützt; diese könne später mit mobilen Elementen bis zum Stand von 11,30 Meter aufgestockt werden. Am Kölner Rheinufer an der Porzer Groov soll das Gelände angehoben werden, so dass die Wand die im Ernstfall dort aufgebaut wird, nicht nur bis zum Pegel von zehn Metern, sondern bis 10,70 Meter schützt. Auch in der Altstadt wird nach den Plänen der Stadt die mobile Schutzwand auf 10,70 Meter angehoben; dafür müssten die Fundamente verändert werden. "Diese Konzepte werden wir dem Regierungspräsidenten zur Genehmigung anheim stellen", sagte Dören. Er erwarte, dass das Land auch zu diesen Projekten seinen Anteil an der

Finanzierung beisteuere.

Der Dezernent kündigte außer dem an, dass gemeinsam mit der Feuerwehr ein Evakuierungsplan für den Fall eines statistisch 500-jährigen Hochwassers (12,50 Meter Kölner Pegel) erarbeitet werde, bei dem schätzungsweise rund 170.000 Menschen ihre Wohnungen verlassen müssten. Eine Karte mit den dann zu erwartenden Überflutungen im Stadtgebiet existiere für diesen Fall ebenso wie für ein 200-jähriges Hochwasser (11,90 Meter) und eine 100-jährige Flut (11,30 Meter). Die Pläne sollen laut Dören in den nächsten Monaten ins Internet gestellt werden. Die umfangreichen Hochwasserschutz-Maßnahmen, die im Bebauungsplan für den Rheinauhafen festgeschrieben worden seien - etwa die Schaffung von Rück-

Rückhalteräumen auf dem Gelände selbst, unter anderem in der Tiefgarage - sollen auf alle Neubaugebiete in hochwassergefährdeten Stadtteilen übertragen werden. Langfristig sollen bei neuen Bebauungsplänen die Entsiegelung von Flächen vorangetrieben oder verstärkt Speicherkapazität vor Ort geschaffen werden.

Dören begrüßte die Initiative von Roters, eine Regionalkonferenz zum Thema Hochwasser einzuberufen. "Die Stadt wird dort gerne ihre Fachkompetenz zur Verfügung stellen", sagte der Dezernent und verwies auf die vielen Anfragen aus dem In- und Ausland nach Rat und Hilfe der Kölner Hochwasser-Experten. So seien beispielsweise Fachleute im Rahmen eines EU-Projektes in Thailand tätig, "und wir haben auch eine Anfrage aus China".

Eine Kritik an Roters, dessen Behörde die Planfeststellungsunterlagen seit geraumer Zeit bearbeitet werden, musste Dören dann noch los

werden: „Wir lassen uns nicht von einer Behörde kritisieren, die uns an der Umsetzung unserer Maßnahmen hindert.“ Unterdessen

hat die Bürgervereinigung Ensen-Westhoven die sofortige Umsetzung der Schutzmaßnahmen im Bereich von Paul- und Robert-

straße gefordert, für die das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sei.

## HOCHWASSER

### *Geschickt*

Die Stadt hat sich geschickt aus einer misslichen Lage manövriert. Nach der harschen Kritik von Regierungspräsident Roters an der mangelnden Umsetzung des Hochwasserschutz-Konzeptes war die Verwaltung im Erklärungs- und Handlungsdruck. Der alleinige Verweis auf die komplexen Genehmigungsverfahren als Grund für die Verzögerungen wirkte nicht wirklich überzeugend. Das hat man möglicherweise auch in der Verwaltung erkannt und ist mit der Ankündigung diverser Sofortmaßnahmen in die Offensive gegangen.

Dass es dazu erst des Ruffels aus der Zeughausstraße bedurfte, bringt die Verwaltung nicht unbedingt in den Ruf einer fixen Behörde. Aber die Stadt beweist immerhin, dass sie rasch reagieren kann - und zwingt damit den RP zum Handeln. Denn jetzt ist es Sache der Bezirksregierung die geplanten Projekte unbürokratisch zu genehmigen und auch ihren Teil der Finanzierung sicherzustellen. Ansonsten kann sich die Kritik nämlich ganz schnell gegen die Aufsichtsbehörde selbst richten.

MATTHIAS PESCH